

# Türen zur starken Stadtregion ohne Not zugestossen

«Kriens forciert den Alleingang»,  
Ausgabe vom 1. Juli

 Der Krienser Gemeinderat lehnt die Aufnahme von Verhandlungen über ein Zusammengehen mit anderen Gemeinden ab. Er begründet dies unter anderem damit, dass bei einer Fusion die Rolle der Gemeinde als verantwortungsvolle Arbeitgeberin in Frage gestellt wäre. Die Aussage ist erstaunlich, denn niemand kann behaupten, die Anstellungsbedingungen seien in Kriens besser als in der Stadt Luzern.


Der Gemeinderat hat denn auch selber diesen Winter noch geschrieben, dass in den Krienser Heimen die Löhne des diplomierten Pflegepersonals 300 bis 800 Franken pro Monat tiefer sind als in anderen Heimen der Agglomeration. Wer sich in den Krienser Heimen umhört und die Abgänge anschaut, der weiss ebenfalls: Das Personal zieht nach Luzern, weil die Anstellungsbedingungen dort besser sind.

Es ist richtig: Bei Gesprächen um eine Fusion sollen beide Partner auf densel-

ben Augenhöhe miteinander sprechen, das dürfen wir Krienser bei Fusionsverhandlungen mit der Stadt Luzern einfordern. Eines sollte man aber ebenfalls nicht tun: Auf's hohe Ross steigen und so tun, als ob man besser als die anderen wäre. Dasselbe gilt auch für den Sonnenberg: Gegner von Fusionsgesprächen tun so, als ob Luzern als erste Tat nach einer Fusion den Sonnenberg überbauen würde. Dabei hat Luzern doch vorgemacht, dass auch dort Grünkuppen erhalten bleiben.

Wir sollten diese einmalige Chance, in aller Ruhe über die Vor- und Nachteile einer Fusion zu diskutieren, jetzt ergreifen. Erst wenn ein Fusionsvertrag vorliegt, sehen wir, ob zum Beispiel die Situation für das Gemeindepersonal besser oder schlechter wird oder welche Regelung für wichtige Grunzonen getroffen werden. Dann wird es möglich sein, über konkrete Inhalte zu diskutieren statt über leere Formeln.

MICHAEL TÖNGI,  
KANTONSRAT GRÜNE, KRIENS

 Der Gemeinderat Kriens will ein eigenständiges Kriens, um die Bürgernähe, die Identität und die Grünrose Sonnenberg zu erhalten. Eigenständigkeit bedeutet aber, dass die Gemeinde in Zukunft beträchtliche Investitionen in Infrastruktur und Dienstleistungen zu tätigen hat, um den Ansprüchen einer qualitativ guten Gemeinde und um den gesetzlichen Vorgaben des Kantons (insbesondere im Bildungs- und Sozialbereich) genügen zu können. Das hat seinen Preis und wird aufgrund der schon heute schlechten finanziellen Lage eine massive Steuererhöhung nach sich ziehen.

Aber genau das wollen die gleichen Politiker, welche eine Fusion ablehnen, wiederum nicht. Ein offensichtlich widersprüchlich in sich. Mehr Steuern nahmen sind nur durch Zuzug von gut bis sehr gut verdienenden Personen zu bewerkstelligen. Dieser Umstand wird die Gemeinde Kriens sehr viel früher als bei einer möglichen Fusion mit der Stadt und den anderen Agglomerationsgemeinden zwingen, den Sonnen-

berg und andere grüne Gebiete zu überbauen. Auch will der Gemeinderat durch Strukturoptimierungen die Gemeinde stärken, was bisher vergeblich versucht wurde und auch in Zukunft keine Lösungen bringen wird.

Es sei nochmals gesagt, dass am 27. November 2011 erst über weitere Fusionsverhandlungen abgestimmt wird, bei denen Kriens seine Forderungen einbringen kann (wie dies die Gemeinden Emmen und Ebikon beabsichtigen). Anstatt sich diese für die nächsten Jahrzehnte wegweisende Zukunftsoption für Kriens offenzulassen, hat eine Mehrheit des Gemeinderates die Türen zur starken Stadtregion ohne Not und Dringlichkeit zugestossen.

Die Argumente für diesen Entscheid vermögen in keiner Weise zu überzeugen. Schlussendlich müssen nun Einwohner erraten und das Volk die Verantwortung dafür tragen, dass die sich bietende Zukunftsoption einer Fusion für Kriens erhalten bleibt.

URS PURTSCHERT,  
OBERNAU